

MBI INFORMIERT

MÜLHEIMER BÜRGER-INITIATIVEN
UNABHÄNGIGE WÄHLERGEMEINSCHAFT Nr. 04/16

MBI-Geschäftsstelle

Kohlenkamp 1,
45468 Mülheim
Tel. 0208 - 3899810
Fax 0208 - 3899811

e-mail: mbi@mbi-mh.de

<http://www.mbi-mh.de>

Deutschland, eine Bananenrepublik, und Mülheim mittendrin?

Europa und Deutschland sind deutlich verunsichert mit der akuten Terrorgefahr nach den erneuten bestialischen Attentaten in Brüssel, zusätzlich zu der weiter ungeklärten Eurokrise und der Gefahr von Grexit sowie eines Brexit mit der Volksabstimmung in Großbritannien. Die Völkerwanderung nach Merkels Alleingang hat die EU noch mehr gespalten. Die heraufziehende Wirtschaftskrise wird auch vor Deutschland nicht Halt machen und auf eine durch die Flüchtlingskrise zerrissene Gesellschaft treffen. Demokratie und Rechtsstaat sind in beklagenswertem Zustand, viele Bürger fühlen sich vom Staat nicht mehr geschützt bzw. von Politik und manchen Medien übergangen und für dumm verkauft. Kurzum: **Fast alle Merkmale einer Bananenrepublik sind erfüllt.** Besonders drunter und drüber geht es im krisengeplagten Mülheim, obwohl WAZ/NRZ meist ein gegenteiliges Bild zeichnen. Rumbachsanieurung, falscher Zaun zur A 40 am nagelneuen Sportplatz u.v.m. aus der Abt. Dilettantenstadel ergänzen die Großprobleme ÖPNV, Haushaltskatastrophe usw. neben bösen Sachen wie dem Flüchtlingsdorf auf dem Schulgelände Blötterweg.

Frau musste für 6 Monate ins Gefängnis, weil sie GEZ-Zahlungen verweigerte, kam nach Medienberichten aber vorzeitig wieder frei

Nach den Medienberichten über ihre konsequente Verweigerung des Rundfunkbeitrags ist GEZ-Rebellin Sieglinde Baumert aus Chemnitz wieder frei. Am Montag, dem 4.4.16, endete ihre 61-tägige Erziehungshaft plötzlich. Deutschlandweit hatten Medien über diesen Fall berichtet, denn Baumert gilt als erste GEZ-Verweigerin, die deshalb ins Gefängnis musste. Es ging um einen Rückstand von 191 Euro. Sie war im Feb. an ihrem Arbeitsplatz festgenommen worden. **Nach dem großen Presseecho hat der Mitteldeutsche Rundfunk (MDR) nun den Antrag auf Erlass des Haftbefehls zurückgezogen**, wie das zuständige Amtsgericht bestätigt. Die Frau wurde deshalb entlassen. "Für uns ist das Verfahren damit zu Ende", so der Gerichtssprecher. Der Anspruch gegen sie sei aber erst in 30 Jahren verjährt. So schafft man Helden bzw. Heldinnen wie Frau Sieglinde B. aus Ch.!! **Im WDR-Bereich müssen dagegen die Kommunen die "Drecksarbeit" für den Sender übernehmen, ein Unding!** In Mülheim war die Stadt alleine 2015 in 3.489 Fällen für den WDR als Geldeintreiber tätig!



Hauptartikel WAZ/NRZ vom 4.4.: **"Mülheim zeigt Flagge gegen Rechts"** Wirklich?
Rund 400 Gegendemonstranten verschiedener politischer Couleur haben am Samstag Stellung gegen eine anti-islamische Mini-Demo bezogen. Auch der antifaschistische Widerstand hatte spontan auf einen Aufzug gegen den Islam, Terror und Flüchtlinge reagiert.... "Wir wollen nicht, dass diese wirre Kombination von Leuten durch unsere Stadt zieht ..." sagte Franziska Krumwiede-Steiner (Grüne) Ex-OB Dagmar Mühlendorf ... sprach parteiübergreifend für die anwesenden Gruppierungen der DKP, des Bundes der Antifaschistinnen und Antifaschisten Mülheim (VVN), der Jusos, der Linken, der MLPD und der Grünen... Alle anwesenden Politiker freuten sich resümierend, dass so kurzfristig so viele Menschen zusammenkamen....."
Soweit der WAZ-Bericht, der nur einen Makel aufweist: Es waren laut Augenzeugen nur 40 oder höchstens 50 Gegendemonstranten, die allerdings sehr lautstark gegen die Minidemo am Hafenbecken auftraten.

Auf den folgenden Seiten:

- Zumindest vorerst kein Flüchtlingsdorf in der Siedlung Papenbusch!? MBI-Antrag erfolgreich! S. 2
 - Rekordarbeitslosigkeit noch vor dem großen Arbeitsplatzabbau? "Abbruch West" im Ruhrgebiet?
Beispiel Mülheim a.d. Ruhr S. 3
 - Überhitzter Immobilienmarkt als Immobilienblase: Goldgräberstimmung bei Immobilienspekulanten?S. 4
- Einlegetblatt:** Die Loveparade-Tragödie als unfassbare Verantwortungslosigkeit mit Fortsetzung bei Gericht?

Kein Flüchtlingsdorf in der Siedlung Papenbusch?



Fast überfallartig sollte Anfang März ein Flüchtlingsdorf für 480 Personen auf dem ehemaligen Sportplatz am Papenbusch beschlossen werden. Der Mülheimer Wohnungsbau (MWB), der vor Jahren den ex-Thyssen-Sportplatz gekauft hatte, wollte dorthin 48 zweistöckige Mietshäuser bauen, zuerst für Flüchtlinge, die dann später an Familien mit geringem Einkommen vermietet werden könnten. CDU und MBI setzten kurzfristig für die Ratsitzung einen gemeinsamen Antrag auf, keine Schnellschuss-Entscheidung zu fällen, sondern ein geordnetes B-Plan-Verfahren für das Gelände einzuleiten, bei dem dann auch die Anwohner beteiligt werden müssen und nicht nur nachträglich informiert, wie das bei Flüchtlingsunterkünften nicht nur erlaubt, sondern leider auch gang und gäbe ist. Viele Anwohner aus der denkmalgeschützten Siedlung Papenbusch waren durch das Vorhaben bereits in höchste Alarmbereitschaft versetzt worden und kündigten massiven Widerstand an. Die SPD sprang auch deshalb noch schnell auf den Antrag von CDU und MBI auf. Daraufhin zog die Verwaltung ihre Vorlage zurück.

Obwohl auch die SPD im Rat am 10.3. das Projekt mit abgelehnt hatte, forderte Fraktionschef Wiechering bereits zwei Tage später in der NRZ: „Jetzt ist Mut gefordert – Dieter Wiechering wirbt für Papenbusch-Lösung“. 1 Woche später legen die SPD- Partei-Vize Mühlenfeld und Aydemir zusammen mit Wiechering nach. **Was soll das, könnte man fragen, wenn der Lobbyismus nicht so offensichtlich wäre!**

Die Verwaltung zog ihre Vorlage am 10. März zurück mit der Ankündigung, im Mai eine überarbeitete Fassung vorzulegen. Wie aber sagte Wiechering in der NRZ 2 Tage danach:

„Die Verwaltung muss den Mut aufbringen, das Verfahren weiterzuführen.“ Wie bitte? Welches Verfahren? **Viele sachliche Probleme und Fragen bei dem MWB-Vorhaben sind ohnehin völlig offen, so z.B. die gänzlich ungeklärte Zuwegung, der möglicherweise ungeeignete Untergrund, die vorgeschriebene Beachtung des Denkmalschutzes der Papenbusch-Siedlung, Fragen des Umweltschutzes und nicht zuletzt das Problem der Dimensionierung.**

All das benötigt intensivere Untersuchungen, also Zeit, und vor allem die Beteiligung der Betroffenen. Mit den Ausnahmenvorschriften für Flüchtlingsunterkünfte kann man formal zwar die für alles andere vorgeschriebene Gesetzeslage umgehen, doch mit sehr hohem Risiko, im Endeffekt für alle Beteiligten.

Es kam also darauf an, möglichst noch im April die Einleitung eines ordentlichen Bebauungsplans zu beschließen, ob mit oder ohne SPD. Deshalb stellten die MBI den zugehörigen Antrag, s.u.

Im Dezember wurde im Übrigen der Flüchtlingsstandort Pilgerstr. beschlossen, der für das Projekt Papenbusch kurz später wieder ad acta gelegt werden sollte, warum auch immer. Wenn dann das Flüchtlingsdorf auf dem MWB-Sportplatz am Papenbusch nicht im beabsichtigten Schweinsgalopp umgesetzt werden kann, hat die Stadt bzgl. Flüchtlingsunterkünften die Möglichkeit, ihre Beschlüsse zur Pilgerstr. umzusetzen. **Wenn aber kein Beschluss zur Einleitung eines B-Plans gefasst würde und die Verwaltung im Rat am 12. Mai einen neuen Versuch startet, wie Wiechering es fordert, dann würde die übergangene Bevölkerung zweifelsohne eine Bürgerinitiative mit dem Ziel ins Leben rufen, das Vorhaben zum Beispiel per Bürgerentscheid zu kippen.**

MBI-Antrag für die Sitzung der Bezirksvertretung 2 am 7.4. und den Planungsausschuss am 29.4.2016

Aufstellung eines neuen Bebauungsplanes „Mellinghofer Str./ Tiegelstr./Papenbusch“
Beschlussvorlage:

Die BV 2 empfiehlt dem Planungsausschuss zu beschließen, der Planungsausschuss möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, einen neuen Bebauungsplan „Mellinghofer Str./ Tiegelstr./ Papenbusch“ (Bereich ehem. Sportplatz) aufzustellen und den notwendigen Einleitungsbeschluss für die Ratsgremien und die Bezirksvertretung vorzubereiten.

Begründung:: für ein geordnetes Planverfahren zu sorgen, um eine nachbarschaftsverträgliche Wohnbebauung zu ermöglichen, die u.a. die Aspekte des für die Siedlung Papenbusch geltenden Denkmalschutzes berücksichtigt und eine verträgliche Zuwegung sicherstellt.

SPD, CDU und Grüne stellten kurzfristig in der BV-Sitzung einen fast identischen gemeinsamen Antrag per Tischvorlage. Der wurde beschlossen, womit eine kurzfristige Entscheidung für ein Flüchtlingsdorf am Papenbusch vom Tisch ist! Vom Ergebnis her gut, von der Methode her schäbig.

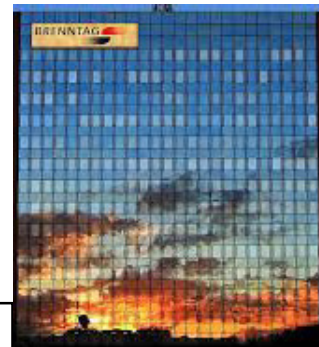
Rekordarbeitslosigkeit noch vor dem großen Arbeitsplatzabbau? "Abbruch West" im Ruhrgebiet? Beispiel Mülheim a.d. Ruhr

Mülheim/Ruhr, Heimatstadt von Ministerpräsidentin Kraft, Gesundheitsministerin Steffens, RAG-Chef Müller, RWE-Chef Terium, Tengelmann-Chef Haub, Aldi-Süd-Chef Albrecht, ex-Ministern wie Hombach oder Schartau, ex-Vorstandschefs wie dem Stahlmilliardär Großmann uswuf. hatte bisher von allen Ruhrgebietsstädten die weitaus besten Voraussetzungen. Eine insgesamt robuste, vielfältige Wirtschaft mit immer noch großer industrieller Basis und stets für das Ruhrgebiet niedrigste Arbeitslosigkeit. Doch auch dabei hängen nun düstere Wolken über der Ruhrstadt, aus der heraus Thyssen und Stinnes einst ihre Weltkonzerne aufbauten, ebenso Tengelmann, Metro und Aldi-Süd.

Neben den massiven Verlusten von höher qualifizierten Arbeitsplätzen in den anderen Teilstädten des Ruhrgebiets (zuletzt Opel, Hochtief, Thyssen-Krupp, Karstadt, Eon, RWE usw.), wo nicht wenige Mülheimer/innen beschäftigt waren und sind, trifft es nun die Mülheimer Wirtschaft auch in ihren wichtigsten Teilen.

Doch es kommt noch heftiger, ganz so, als hätte fast die ganze Welt sich gegen die kleine Großstadt mitten zwischen anderen, größeren Großstädten verschworen, die mit ihrer extrem hohen Abhängigkeit vom abstürzenden RWE-Konzern bereits Probleme mehr als genug hat. Nun kommt 2016 noch die weltweite Stahlkrise hinzu. Die Friedrich-Wilhelm-Hütte hat bereits die Halbierung der Belegschaft angekündigt. Weitere Stahlfirmen im Hafen werden folgen Dabei steht massiver Abbau von hochqualifizierten Arbeitsplätzen in Mülheim bevor:

- ◆ Siemens (früher AKW-Zentrale KWU) baut hunderte der 4800 Stellen ab
- ◆ Tengelmann verkauft seine Läden an Edeka, womit weitere hunderte Stellen alleine in der Mülheimer Zentrale bedroht sind,
- ◆ Putin hat die South-stream-Pipeline gecancelt, womit bei den Röhrenwerken in Mülheim weitere hunderte Arbeitsplätze verloren gehen könnten,
- ◆ die Gagfah wurde von Annington geschluckt, womit in der Zentrale in Mülheim zusätzlich hunderte Arbeitsplätze gefährdet sind,
- ◆ Brenntag, die erfolgreichste aller Mülheimer Firmen, wird demnächst ihren Sitz mit über 400 Stellen nach Essen verlagern,
- ◆ verschiedene bisherige Zulieferfirmen für Thyssen-Krupp oder RWE oder werden auf Dauer schließen müssen uswuf.....



Ende März 2016 berichtet die WAZ im Artikel "So viele Mülheimer wie lange nicht ohne Job", dass bereits jetzt, noch bevor der o.g. große Arbeitsverlust in Mülheim einsetzt, die Arbeitslosigkeit für Mülheimer Verhältnisse Rekordniveau erreicht hat!

Im Artikel wird der Anstieg der Arbeitslosigkeit in Mülheim um erschreckende 12,1% in nur 1 Jahr mit Flüchtlingen begründet. Bundesweit ist die Arbeitslosigkeit gesunken, in Mülheim das Gegenteil und Flüchtlinge sind bundesweit verteilt. Irgendetwas kann nicht stimmen! Flüchtlinge dürfen doch angeblich nicht arbeiten, können also auch nicht als Arbeitslose zählen, oder? Zumindest für die explosionsartig vielen, die nach Merkels Einladung seit Sept. nach Deutschland und Mülheim strömten, kann das nicht zutreffen. "Der Trend werde sich aufgrund der Flüchtlingswelle in diesem Jahr fortsetzen", sagt Sozialamtsleiter Konietzka in der WAZ. "Seine Behörde erwarte allein für 2016 einen Zuwachs von 1000 Personen, die aus dem Asylbewerberleistungsgesetz in die Grundsicherung rüberwechseln. Die Zahl der Mülheimer Haushalte, die auf Leistungen nach "Hartz IV" angewiesen sind, nähert sich schon jetzt der bedenklichen 10.000er-Marke", so Konietzka weiter.

Es kommt halt, wie es kommen muss, wenn man/frau die Zeichen der Zeit ignoriert und Probleme lieber auftürmt als nach Lösungen zu suchen. Irgendwie scheinen im Ruhrgebiet fast alle geglaubt zu haben, die Energiewende z.B. würde alles beim Alten belassen, nur etwas mehr regenerative Stromerzeugung. Oder, und Doch es waren nicht nur die Politiker, die blindäugig immer wieder alles schön redeten, um ja "Weiter wie gehabt" machen zu können und den sprichwörtlichen Ruhrgebietsfilz bedienen zu können. Auch die Chefetagen etwa bei RWE, Thyssen-Krupp oder Siemens oder, oder ... wollten die geänderten Bedingungen nicht akzeptieren, waren sie doch sicher, jederzeit politisch Einfluss nehmen zu können, um weiter machen zu können, wie gehabt. Aber auch die Medien, im Ruhrpott meist nur WAZ und WDR, fuhren insgesamt die Linie, Menschen oder Gruppen wie die MBI, die wieder und wieder vor den Folgen warnten, zu marginalisieren.

Die Lage ist umso dramatischer, da die Stadt Mülheim im letzten Jahrzehnt über ihre Verhältnisse gelebt hat.

Überhitzter Immobilienmarkt und drohende Immobilienblase Goldgräberstimmung bei Immobilienspekulanten?

Aktuell gibt es im Frühjahr 2016 viele Beispiele insbesondere in den grünen oder den Außenbereichen von Mülheim, wo die Immobilienspekulanten Pläne schmieden für immer neue Bebauung, meist für Luxuswohnungen: Z.B. am Aubergsweg, am Priesters Hof kurz vor dem Rumbachtal, am Steinkamp in Styrum auf der ex-End-Schleife der kürzlich stillgelegten Straßbahn-Linie 110, am Heidendoren in Selbeck, auf den Äckern an der Zeppelinstr., am Leinpfad an der Mendener Str. uswuswuf., Nicht zu vergessen das immer noch nicht endgültig gesicherte hochattraktive Gelände der laufenden VHS am MüGa-Rand.

Es herrscht Goldgräberstimmung aufgrund von Billigzinsen und riesiger Zuwanderung



Das hat selbst die ansonsten der Immobilienbranche wohlgesonnene WAZ erkannt und in ihrem Samstagskommentar vom 2.4.16 warnt sie vor wildem Aktionismus und mahnt: **“Besonnenheit ist gefragt. Der Druck am Markt darf nicht alleinige Handlungsmaxime sein.”** Mehr in **“Der überhitzte Immobilienmarkt”** in Auszügen weiter unten
Bereits die Alt-OB Mühlenfeld verkündete 2005:

“Ohne Bagger keine Zukunft”. Und 2014 fragten die MBI: **“Die Mülheimer Bauwut und die drohende Immobilienblase – Immer neue Baugebiete auch bei schrumpfender Bevölkerung, bis die Blase platzt?”**

Doch mit Billigzinsen und Einwanderungs-/Flüchtlingzustrom ist auf dem Immobilienmarkt die Hölle los.

Und die Stadt Mülheim mischt bei Vielem kräftig mit, ganz besonders, wenn es um Flüchtlingsstandorte geht, wo dann über Bundesgelder die gesamte Erschließung finanziert wird und die ansonsten geltenden Bestimmungen des Baugesetzbuches oder der Umweltverträglichkeit außer Kraft gesetzt sind: So am Schlippenweg hinter der Förderschule und am Naturschutzgebiet, auf dem Schulhof der laufenden Grundschule Blötterweg, auf dem Sportplatz am Papenbusch usw. Auch bei dem Flüchtlingsdorf auf dem Kirchengelände des ehemaligen Jugendgroßchen ist das ähnlich.

In Essen gab es übrigens einen noch größeren Versuch des Großangriffs auf Landschaftsschutzgebiete u.ä. mit dem Hebel der geplanten Flüchtlingsunterkünfte, getreu der momentanen Handlungsmaxime der Immobilienhändler: **Nutze die Gelegenheit, die die Flüchtlingskrise bietet.**

Als wären die USA oder Spanien oder, oder nicht warnende Beispiele, wohin eine immer mehr aufgeblähte Immobilienblase führen wird!



WAZ-Kommentar vom 2.4.16, **“Der überhitzte Immobilienmarkt**

*Der Immobilienmarkt treibt seit einiger Zeit schon doller Blüten. Die Zinsen auf Rekordtief, die Nachfrage nach einer Eigenheim-Altersvorsorge dementsprechend hoch. Die Preise für Immobilien schießen in den Himmel. Der Hauskauf über Makler wird nicht selten zur Versteigerung, nicht wenige Makler wiederum verteilen Bettelbriefe an die Haushalte, ob nicht möglicherweise doch noch jemand sein Häuschen zum Verkauf freigeben möchte. **Kurzum: Der Markt ist überhitzt.***

*Kein Wunder ist vor diesem Hintergrund, dass auch in Mülheim an vielen Stellen geplant wird. Ob in Selbeck die Gärtnerei Rumbaum einer Neubausiedlung weichen soll, in Raadt das Areal der ehemaligen Agiplan-Zentrale durch eine neue Bebauung mit Einfamilienhäusern ersetzt wird oder ob die Verfüllung von Bergbau-Hohlräumen an der Tinkrathstraße in Heißen vielleicht doch zu einem lukrativen Vermarktungsprojekt führen kann. ... Mülheim hat sich zuletzt mehr denn je auf die Fahnen geschrieben, attraktive Wohnstadt sein zu wollen für junge Familien, Klammer auf: mit nicht zu kleinem Geldbeutel. ... Nur gilt: Wilden Aktionismus bei der Ausweisung von Neubauf Flächen darf es nicht geben. Die Stadtplanung muss trotz der Begehrlichkeiten am Markt die Ruhe bewahren, damit Mülheims Pfund, mit dem die „attraktive Wohnstadt“ heute wuchert, auch in Zukunft Bestand hat: ausreichend Grün..... **Druck am Markt darf nicht alleinige Handlungsmaxime sein.”***

Die Loveparade-Tragödie als organisierte Verantwortungslosigkeit mit Fortsetzung bei Staatsanwaltschaft und Gericht?

Ein Riesenskandal als beschämendes Drama in Serie:

Schlag ins Gesicht der Opfer und Tiefschlag gegen Gerechtigkeitsgefühl!



Die schreckliche Tragödie bei der loveparade in Duisburg im Juli 2010 war ein ganz schlimmer Vorgang einer konzertierten Aktion von Verantwortungslosigkeit sondergleichen, die in ihrer Vorhersehbarkeit und den Ausmaßen selbst die vorherigen schlimmen Geschichten von Bad Reichenhall und dem

Einsturz des Kölner Stadtarchivs noch in den Schatten stellten. Erst die oberpeinliche Sesselkleberei von OB Sauerland, der per Bürgerentscheid aus dem Amt entfernt werden musste. Dass er auf Kosten der bankrotten Stadt auch noch für ca. 500.000 Euro die windige Frau Dr. Jasper engagiert hatte, um ihm fragwürdige Persilscheine zu produzieren, machte es noch schlimmer. Genau, die Juristin, wegen der Baganz als OB in Mülheim unter immer noch ungeklärten korruptionsverdächtigen Umständen zurückgetreten war. Baganz wurde später Staatssekretär in Düsseldorf und er war nicht unbeteiligt bei der loveparade-Geschichte.

Dreieinhalb Jahre nach dem Unglück verkündete dann im Feb. 2014 die Duisburger Staatsanwaltschaft, gegen wen sie wegen des Todes von 21 Menschen, der Traumatisierung vieler hunderter weiterer und der Gefährdung von vielen Zehntausenden Menschen Anklage erhebt, nämlich gegen vier Mitarbeiter des Veranstalters Lopavent und sechs Bedienstete der Stadt Duisburg. **Tatvorwurf: Fahrlässige Tötung, fahrlässige Körperverletzung und fahrlässige Körperverletzung im Amt.**

Nicht angeklagt wurden u.a. Ordnungsdezernent Rabe, Polizeiführer Kuno S. und der von Lopavent eingesetzte sog. "Crowd-Manager", gegen die alle Verfahren eingestellt wurden. Sauerland und Veranstalter Schaller gehörten schon früh nicht mehr zu den Beschuldigten. Gegen weitere Verantwortliche wie Kulturhauptstadtschef Pleitgen, Minister und Staatssekretäre wurde von vornherein nicht einmal ermittelt.

Ein Geruch von „Die Kleinen hängt man, die Großen läßt man laufen“ lag in der Luft!

Und dann weitere 3 Jahre(!) später das schier Unglaubliche:

Zur tragischen loveparade-Geschichte wird keine gerichtliche Aufarbeitung zugelassen. Fünf Jahre hat die Justiz in Duisburg ermittelt, gut 3500 Zeugen gehört, mehr als 44.000 Seiten Akten gefüllt, doch am Ende gibt es keinen Schuldigen? Der Beschluss des Landgerichts Duisburg, zur Loveparade-Katastrophe keine Anklage zuzulassen, ist unfassbar. Von "ekelhaft" bis "völlig unverständlich" reichen die Reaktionen. Von dem Entsetzen der Opfer, die erneut zu Opfern wurden, ganz zu schweigen!

Deshalb zur Erinnerung: Alles schien so toll, als 3 Mio. Menschen im Ruhrgebiet am 18. Juli 2010 im Rahmen der Kulturhauptstadt friedlich Still-Leben auf der gesperrten A 40 feierten. Der alte Ruhrpott schien endlich zur Weltmetropole gereift, das Malocher-Image sollte endgültig



mit dem 1 Woche später folgenden Mega-Event loveparade von der globalen Spaßkultur abgelöst sein.

„Dance or die“ hatten Übermütige sogar als Motto ausgegeben, was zur sehr bitteren Ironie werden sollte. Und mit dem 24. Juli 2010 war sie jäh geplatzt, die Blase der glückseligen Kulturhauptstadt eben nicht in Köln oder Düsseldorf, sondern in der grauen Metropole Ruhr, die aber noch aus vielen abgeschotteten Einzelkirchtürmen besteht. Duisburg, die grauere der grauen Vorstädte mit dem Schimanski-Flair der vergangen gehofften Tage sollte der wirklichen Kulturhauptstadt Köln mit der Riesensause von angeblich 1,5 Mio. Menschen bei der loveparade zeigen, wo die Musik spielt.

b.w.

Und dann am 24.7.2010 das vorhersehbare Totalfiasko als Folge grober Fahrlässigkeit aller beteiligten Entscheidungsträger!



21 Tote und über 500 Verletzte forderte eine Massenpanik bei der Duisburger loveparade im und hinter dem Tunnel an der Karl-Lehr-Straße. Die Tragödie offenbarte eine unfassbare Fahrlässigkeit aller beteiligten Entscheidungsträger, von Veranstalter bis Polizei, städtischen und Landesbehörden! Alle die vielen Warner wurden überhört oder wie der Duisburger

Polizeipräsident dafür in den Ruhestand geschoben! Landesregierung, Opposition, Kulturhauptstädtler, Medien und Duisburger Lokalfürsten wollten beweisen, dass das Mega-Event klappt. Und sie riskierten dafür das Leben zigtausender Menschen trotz Vorwarnungen in Hülle und Fülle. Die angegebenen Besucherzahlen bei den loveparades waren laut WAZ seit Jahren drastisch gelogen. Zum Glück waren keine 1 bis 1,5 Menschen nach Duisburg gekommen, wie die Verantwortlichen noch während der Tragödie „stolz“ verkündeten, sondern „nur ca. 250.000! Etliche Besucher der loveparade erzählten, dass die heraufziehende Tragödie schon vor der tödlichen Panik Gesprächsstoff auf und vor dem Gelände war. Warum haben die Verantwortlichen angeblich nichts gewusst? Unglaublich. Polizisten standen auf der Todesbrücke und fotografierten, während darunter die Menschen zu Tode getrampelt wurden uswuf..

Die 1. Pressekonferenz der (Un-)Verantwortlichen am Unglücksabend (siehe Bild rechts) war eine einzige Schande und offenbarte eine erschreckende Versammlung der Unverantwortlichkeit, die in geradezu geheimbündlerischer Art und Weise zig-tausende Menschenleben gefährdet hatte. Doch diese Herren taten nur völlig überrascht und sprachlos, dass es schief ging. Soviel vermeintliche Naivität und blindes Gottvertrauen ist eigentlich nicht hinnehmbar. Doch genau diese Herren werden nicht angeklagt. Egal ob Sauerland, Schaller, Polizeipräsident, RP, Innenminister, Ministerpräsident/in oder Kulturhauptstadtchef: Alle hatten vorab die Absolution und das go ahead von allen, die in NRW und dem Ruhrgebiet von Bedeutung sind bzw. waren: Von Rüttgers, Kraft, dem alten (Wolf-FDP)- wie dem folgenden Innenminister Jäger (SPD) bis hin zum Kulturhauptstadtchef Pleitgen. Auch die Medien ignorierten alle Warnungen, noch völlig begeisterungstrunken von dem Mega-event des Still-Lebens auf der A 40.



Nach der Absage von Bochum durfte Duisburg zur loveparade partout nicht Nein sagen oder abgespeckt werden und entsprechend verhielten sich alle Verantwortung tragenden „wichtigen“ Leute in Düsseldorf, Duisburg und Essen. Es lag ein schlimmes kollektives Versagen und eine menschengefährdende Logik vor, an der fast alle beteiligt waren nach dem Motto: Der Zweck heiligt die Mittel. Der Zweck (hier die Großveranstaltung der loveparade) war a priori gesetzt und indiskutabel. Dementsprechend war alles erlaubt, was den Zweck erfüllte und alles und jede/r wurde ausgegrenzt und kalt gestellt, der den Zweck behindern oder in Frage stellen konnte. Der Polizeipräsident z.B. wurde kurzerhand in den Ruhestand versetzt, die massiven Bedenken des Bauamts vom Tisch gefegt!

Viele „normale“ Menschen in Duisburg und Umgebung waren dagegen völlig erschüttert. Wie konnte das nur passieren, wo doch jedes Kleinkind beurteilen kann, dass das Tunnel-Nadelöhr als einziger Zugang die Katastrophe heraufbeschwören musste? Sehr Vieles war skandalös wie etwa, dass der 2. Zugang zum Gelände vom Bahnhof her für das gemeine Volk gesperrt war, weil nur für VIPs wie den "Humoristen" Pocher. Unglaublich auch, dass Geschäftemacher Schaller die Sause mit geplanten über 1 Mio. Menschen bei der AXA versicherte wie einen PKW, mit Haftung nur bis 7,5 Mio. Euro. Unfassbar auch, dass die Genehmigung für eine Millionen-Event erst am Veranstaltungstag selbst erteilt wurde, als Zehn- oder Hunderttausende schon unterwegs waren.



Geradezu abenteuerlich und menschengefährdend auch, dass das eingezäunte Schottergelände des ehemaligen Duisburger Güterbahnhofs keine 250.000 Menschen fasst, während mit über 1 Million gerechnet werden musste. Nicht auszudenken, wenn auch noch das Wetter der loveparade

übel gesonnen gewesen wäre: Die Hitzewochen waren gerade abgeklungen, denn sonst wäre es unter freiem Himmel auf dem überfüllten Schotterplatz und vor bzw. im Tunnel noch grausamer geworden. Oder bei stärkeren Regen hunderttausende im Matsch auf eingezäuntem Gelände, eine weitere Horrorvorstellung.

Bei all dem war bereits das von der StA angekündigte Verfahren, das alle richtig Verantwortlichen ausklammerte, ein Schlag ins Gesicht nicht nur der unzähligen Opfer!

Die Duisburger StA sitzt in der Koloniestr. sehr nahe am Unglücksort und jeder dort muss aus eigener Ortskenntnis wissen, dass der Zugang nur durch den langen, düsteren Tunnel und dahinter nur über 1 Eingang auf das Schottergelände selbst bei "nur" 100.000 Besuchern in einer Katastrophe enden musste. Nicht zufällig hatte die StA Duisburg zu Beginn das Verfahren an die Kollegen in Köln abgegeben!